



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 89

Fernschreiber 0886990

P/XII/200 - 2. September 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Wortüber sie schweigen	S. 1
Erhards Geschichtsklitterungen	S. 2
Washington hängt um Adenauers Niederlage	S. 3
Arnold und die verlorene Balance	S. 4
Kontakte mit drüben	S. 5
CDU-Absolutismus und Korruption	S. 8
"Der Wahrheit eine Gasse"	S. 9

Wortüber sie schweigen

sp- Es fällt auf, dass die Prominenz der Regierungsparteien in ihren Wahlversammlungen kaum noch über die Wiedervereinigung, die sogenannte Politik der Stärke, mit der sie früher einmal die Sowjetunion zu Verhandlungen zwingen wollten, und noch weniger über die Sicherheit des deutschen Volkes redet. Das ist kein Zufall, Schliesslich weiss heute jedermann, dass die "Politik der Stärke" die Spaltung Deutschlands und Europas vertieft, die Russen keineswegs verhandlungsbereiter gemacht und der Sicherheit des deutschen Volkes in keiner Weise gedient hat. Der Versuch, die politischen Probleme in Europa mit militärischen Mitteln zu lösen, ist so kläglich gescheitert, dass - verständlicherweise! - die Väter dieser Politik nicht mehr von ihr reden wollen. Das von ihnen in die Welt gesetzte Kind ist für sie zum Alpdruck geworden.

Nur einige freuen sich darüber. Das sind die Besitzer von Aktienpaketen der Rüstungsindustrie. Die Aktien steigen - aber darüber redet man natürlich nicht...

Wie kann je zuvor stehen wir im freien Teil Deutschlands vor der grossen Aufgabe, durch eine deutsche Initiative das Signal zum Stopp des Rüstungswettlaufs zu geben. Wir Deutschen dürfen nicht schweigen, auch wenn unsere jetzige Regierung sich in Schweigen hüllt. Wir müssen eine neue Politik anstern, eine Politik, die der Entspannung dient. Die Sicherheit des deutschen Volkes liegt nicht in der Beteiligung an atomaren Wettrüstungen begründet; sie wird nur das Ergebnis einer klugen und beweglichen Haltung sein, die überzeugend demonstriert, dass Deutschland bereit ist, eine Brücke über den Abgrund zwischen Ost und West zu schlagen.

Diese Brücke aber ist nicht zu bauen mit jenen, die es in den vergangenen Jahren versäumt haben, das Baumaterial hierfür bereitzustellen. Nicht mit jenen, die sich weigerten, vor aller Welt die Bereitschaft der Bundesrepublik zur ausschliesslich friedlichen Verwendung der Atomenergie zu verkünden. Die Brücke kann nur von neuen Baumeistern gebaut werden.

* * *

- 2 -

Vor der falschen Tür gekehrt

sp - Seit einigen Tagen schweifen Professor Erberds Gedanken in das Ausland. Man könne ja sehen - so meinte er in seinen Wahlversammlungen - wie unfähig die Sozialisten seien, denn überall wo sie regierten, gebe es Inflation. Besonders in Frankreich.

Seit 1945 haben in Frankreich - von kurzen Unterbrechungen abgesehen - ausgesprochene bürgerliche Regierungen die Geschichte des Landes gelenkt. Tragende Regierungspartei war und ist heute noch das ERP, jene Gruppe katholischer Volkrepublikaner, die in etwa der CDU in der Bundesrepublik entspricht. Diese Partei hat mit nur ganz kurzen Unterbrechungen seit 1945 innen- und aussenpolitisch der französischen Politik ihr jetziges Gepräge gegeben. Das finanzpolitische Drama Frankreichs hat aber ohne Zweifel seinen Ursprung in der Fortsetzung einer längst überholten und kostspieligen Kolonialpolitik, deren Wüter bekanntlich nicht die Sozialisten, sondern alle anderen Parteien rechts von der Sozialdemokratie sind. Die Sozialisten rief man vor fast zwei Jahren in die Regierung, als sich buchstäblich keine andere politische Kraft fand, um das von Rechts- und Linksradikalen stark angeschlagene und schwankende Staatsschiff durch die Wogen zu steuern. Alle Vorgesetzten der sozialdemokratisch geführten Regierung in dieser Zeit wurden von den gemäßigten Parteien nicht nur gutgeheißen, sondern sogar gefordert. An Forderungen der Sozialisten hat es nicht gefehlt. Besonders nicht an Forderungen vor der Fortsetzung einer von den bürgerlichen Parteien geforderten finanz- und wirtschaftspolitik, die Frankreich in die jetzige Situation bringen musste. Als die französischen Sozialisten erkannten, dass man ihren Forderungen kein Gehör schenken wollte, zogen sie sich von der Regierungsführung zurück.

Das ist - kurz dargestellt - der wahre Sachverhalt. Herrn Erberd wäre zu empfehlen, vor der Tür seiner geistig nahestehenden politischen Freunde in Frankreich zu kehren, anstatt Geschichtsklitterungen in Wahlversammlungen zum Besten zu geben.

...in Erwartung des Wahlerspruchs

Von unseren lateinamerikanischen Mitarbeitern

Je näher der deutsche Wahltermin herankriecht, umso mehr bangt Washington vor einer Niederlage Adenauers. Die Sicherheit, die noch vor einigen Monaten nur einem getragen wurde, auch nach den deutschen Wahlen würde weiterhin in Form einer Regierung treuer Gefolgsleute von Foster Dulles antworten, ist vormalig.

Ganz deutlich ist diese veräuzterte Einschätzung des wahrscheinlichsten Ausgangspunktes an Hand der Publikationen festzustellen, die von bekümmerten inspiriert wurden. So bringt jetzt die internationale Zeitschrift "Vision", die in mehreren Sprachen in New York herausgebracht wird, in der für Lateinamerika bestimmten Ausgabe vom 30. August, einen ausführlichen Deutschlandbericht, der sich wesentlich nicht mehr mit Adenauer, sondern mit Erich Glienke und dem schlußendlich der SPD beschließt. Dass die politischen und sozialen Sympathien der Zeitschrift "Vision" noch wie vor bei Adenauer liegen, ist unverkennbar - und entsprechend formuliert sie ihre Kritik an der Sozialdemokratie und an Erich Glienke. In ihrer Übersichts zum Wahlkampf, die bezeichnenderweise die Überschrift trägt "Zwischen Adenauer und Glienke", heißt es u.a.:

"Adenauer, der während der Zeit seiner Existenz der Bundesrepublik Kanzler war, vertraut darauf, dass er siegen wird, und dass seine Gesundheit ihm erlauben wird, die Geschichte Deutschlands bis 1961 zu leiten, da er 65 Jahre vollenden wird. Glienke seitens voraussetzt die Wählererschaft zu überzeugen, dass Adenauer Dummheiten von sich gibt, dass der alte Kanzler kein unerlässliches Requisite (der deutschen Politik) ist und dass es für die ganze Welt von Nutzen wäre, wenn ein sozialistischer Kanzler die Macht übernimmt. Zweifellos, der Führer der deutschen Sozialdemokratie besitzt einen scharfen Verstand und ist sehr ausgeglichen... Adenauer ist ein Politiker von großer Kraft."

"Vision" geht davon aus, dass der entscheidende Faktor im Kampf zwischen Glienke und Adenauer in Wirklichkeit jene sieben Millionen "unentscheidbarer" Wähler seien, die werden den Ausschlag geben, über diese Entscheidung wird grosse Konsequenzen haben.

"Der Sieg oder die Niederlage Glienkes in den künftigen Wahlen wird eine grosse Wirkung haben für die sozialistische Bewegung in Lateinamerika. Und dies, weil trotz der Stabilität der sozialistischen Regierungen in den skandinavischen Ländern die sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens auf grosse politische Aktivitäten stehen. Ein sozialistischer Sieg in prosperierendem Westdeutschland würde der ganzen europäischen sozialistischen Bewegung einen Schub geben. Doch die

deutschen Sozialdemokraten verfügen aus ihren eigenen Reihen nicht über die notwendigen Wählerstimmen, um ihren Kandidaten zum Siege zu führen. Sie könnten nur den Sieg erlangen, wenn sie die Stimmen jener sieben Millionen deutscher Wähler gewinnen, die zu keiner Partei gehören. Die ganze sozialistische Bewegung Europas ist in Erwartung des "Wählerspruchs".

Deutlicher allerdings konnte das Sprachrohr Washingtons kaum aussprechen, warum man in Wirklichkeit und in letzter Instanz einen Misserfolg der Deutschen Sozialdemokratie mit schweren Herzen entgegen sieht.

Spätzündung

V.A. - Der rheinische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold (CDU) schreibt im "Göttinger Tageblatt" - und erzählt in seiner Versammlung - über den "Fortschritt ohne Fesseln". "Wenn wir die Sozialdemokraten richtig verstehen", heißt es da und auf dieses falsche Verstehen baut er nun seine ganze Polemik gegen die "Zweite industrielle Revolution" auf und versucht den Lesern einzureden, die bösen Sozialdemokraten wollten, diese "ein besseres Entwicklungselement künstlich als Motor des Mensch und der Gesellschaft bestimmen soll".

Von der Sorge der Sozialdemokraten, dass in Zuge der Automatisierung der Mensch Sklave der Maschine werden könnte, von den Forderungen der SPD, einer solchen der menschlichen Gesellschaft schädlichen Entwicklung einwill und wirksam entgegenzutreten, weiß Herr Arnold nichts, weil er davon eben nichts wissen will.

Er schreibt weiter, dass "Kapital und Arbeit heute gleichberechtigte Faktoren in der deutschen Wirtschaft geworden seien", um im übernächsten Satz dann allerdings zu folgender Interessenten-Ausstellung zu kommen:

"Es ist nicht zu bestreiten, dass in totalitär Hinsicht die Kapitalseite mit Abstand die bessere Eigentumsentwicklung erreichen konnte. Deshalb muss nunmehr auch gesellschaftspolitisch das rechte Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit erstrebt werden. Würde man dies nicht erreichen, dann würde die Wirtschafts- und auch die Gesellschaftsordnung die Balance verlieren".

Spät kommt Ihr - zu spät! Acht Jahre hat diese Regierung Zeit gehabt, das "rechte Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit" zu schaffen, acht Jahre eine gerechte Eigentumsbildung anzustreben und zu erreichen - und wenige Tage vor der Wahl fällt Herrn Arnold ein, dass man das eigentlich tun sollte, damit die "Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Balance nicht verliert".

Da kann man nur sagen: Spätzündung!

* * *

Der Graben wird tiefer

K.J. Was ist heute eigentlich noch "gesamtdeutsch"? Mit tiefer Sprachhütterung muss man feststellen, dass wieder eine innersächsische Gemeinsamkeit dem Kalten Krieg zum Opfer fällt - eine der letzten Bindungen, die über zwölf Jahre Spaltung gehalten haben. Nach dem Willen Pankow sollen die übriggebliebenen 200 wissenschaftlichen Gesellschaften gesamtdeutschen Charakters künftig nur noch auf der Grundlage der "Realität zweier deutscher Staaten" zusammenarbeiten dürfen. Obwohl die weitaus meisten Mitglieder der Gesellschaften in der Bundesrepublik wohnen, wünscht die SED paritätisch besetzte Leitungen. Wechselweise soll ein Kongress hüten und einer grüben stattfinden. Es ist ein Zufall, dass der Pankower Beschluss just zu dem Zeitpunkt kam, als die Bundesregierung den eisernen Sportvorhang herunterziehen wollte. Gehilgst du mich, schleg ich dich... Pankow wartet nur auf solche Gelegenheiten, die Spaltung zu vertiefen.

Der Deutsche Städtetag hat im März des Jahres seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, dass eine grosse Anzahl innersächsischer Kontakte besteht. Er unterstrich die Absicht, den Austausch von Künstlern und Wissenschaftlern zu fördern. Und einigermaßen optimistisch konnte man damals sein, denn wenige Tage zuvor hatte der Architekt Dr. Ernst May, den ersten Preis im ersten gesamtdeutschen Architektenwettbewerb zum Wettbewerb eines Stadtviertels im Ostberliner Bezirk Lichtenberg gewonnen. Mit der Zusammenarbeit der west- und innersächsischen Wissenschaftler stand es bisher gut: in der Medizin, der Physik, der Chemie, der Biologie war keine Politik. Vor allem die Ärztskongresse auf gesamtdeutscher Ebene liessen sich gut an. Soll es damit nun vorbei sein?

Brentano liebt nicht Brent...

Mit der Kunst stand es schon schlechter. Sie ist für Pankow Mittel der Politik und der Propaganda. Wir haben trotzdem gute Erfahrungen mit den "Volkskunstensembles" gemacht, die von drüben kamen: ihr ideologisches Gepäck wag gar nicht so schwer. Besser aber die sowjetzonenlosen Theater! Die Grenzkreise in Hessen und Niedersachsen verankern Überkunst der Zone fast alle ihrer Theateraufführungen: das Wirtschafts- und Wunder Bonn hat kein Geld, seine Theater wesentlich zu subventionieren - Pankow dagegen lässt es sich etwas kosten, seine Bühnen finanziell

11/XII/200

2. September 1957

stark zu machen.

Auch wir haben die Kunst über die Grenze schicken können. Wir waren dabei nicht sehr aktiv, aber immerhin... Wie wird es morgen sein? Unser Außenminister liebt ja Bert Brecht nicht. Und Pankow hat etwas gegen unser modernes Theater. In den ideologischen Ängstlichkeiten können sich beide Seiten nicht viel.

"Gesamtdeutsche" Maße und Gewichte

Eigentlich "gesamtdeutsch" ist nur noch die Arbeit des Normenausschusses. Wer hat sich eigentlich schon für über Gedanken gemacht, dass es gar nicht selbstverständlich ist, wenn wir heute noch Hüften und Armlängen dieselben Industrienormen haben, die DIN? Hier liegt von beiden Seiten ein so vitales Interesse vor, dass bis zur Tage 60 Fachaus-schüsse in Berlin und Köln mit rund 1.000 west- und mitteldeutschen angestellten zusammenarbeiten. Auch die Richtmeter in Ost und West sind praktisch gleichgeschaltet, ihre Dienstleistungen gleichen sich bis aufs Wort. Trotzdem: es sind nur noch Kont. Würden sie auseinandergerissen, hätten wir in Deutschland zweierlei Maße und Gewichte.

Unerschütterlich scheinen heute noch viel Verbindungen zwischen den Behörden. Werden sie es bleiben? Da sind die Gesundheitsämter. Sie unterrichten sich über Epidemien, Marseuchen, Verordnungen, Erkrankungen in Mecklenburg zwanzig Kinder an Kinderlähmung, weiß man es einen Tag später in der Bundesrepublik. Wird ein Arzt in München die Zulassung entzogen, erfährt man es morgen bei allen Bezirksverwaltungen der Zone. Aber nicht die an sich zuständigen Innenministerien schreiben das nachprüfen, sondern die Regierungspräsidenten: Pankow könnte sonst die staatliche Anerkennung daraus ablesen. Es gibt gemeinsame Kommissionen im Pflanzenschutz und in der Schädlingsbekämpfung, die Zentralbanken arbeiten zusammen. Bahr, Post und Ferraridewesen können ohne Kontakte nicht aus, die Wasserstraßendirektionen in Magdeburg und Hamburg sprechen zusammen. Gemeinsame Kommissionen untersuchen Pegel- und Grundwasserstände. In diesen für beide Seiten gleich wichtigen Fragen kommt man aneinander nicht vorbei. Aber sind das nicht auch im Grunde Kontakte, die wir selbstverständlich nahezu zum Ausland haben?

Zusammenarbeit zwischen Gerichten

Der innderdeutsche Rechts- und Amtshilfeverkehr funktioniert. Von einem mitteldeutschen Starkeamt bekommt jede westdeutsche Behörde

2. September 1957

jede gewünschte Auskunft. Polizei und Gerichte arbeiten zusammen. Wer drüber mit Entzug des Führerscheins bestraft worden ist, bekommt hier keinen neuen. Es gibt eine gemeinsame Fährdung nach Kapitalverbrochern, Strafgefangene werden überstellt. Unsere Sozialversicherungsträger haben Kontakte mit der drüber dem FDGB unterstellten Sozialversicherung. Seit 1953 werden von drüber bereitwillige Rentenauskünfte erbracht und - etwa für einen Sowjetzonenflüchtling - die Unterlagen über Versicherungsverhältnisse zur Verfügung gestellt. Keine Kontakte haben die westdeutschen Ausgleichskämter nach drüber; die Zone kennt keinen Lastenausgleich für Vertriebene und Kriegsgeschädigte - also interessiert sie diese Einrichtung nicht. Auch für unsere Wiedermachungsbehörden hört die Arbeit an der Zonengrenze auf.

Mehr technische Kontakte ausbauen!

Es ist ein kläglicher Rest deutscher Einheit, der uns mit diesen technischen Kontakten verblieben ist - eigentlich "gesamtdeutsch" ist so gut wie nichts. Trotzdem sollten wir alles daran setzen, diese technischen Kontakte zu erhalten und weiter auszubauen. Pankow macht es uns nicht leicht damit; es will die staatliche Anerkennung. Die Meer kann es nicht geben, solange in Ostberlin keine von Volk legitimierte Regierung existiert. Auf die lebenswichtigen technischen Kontakte kann auch das SED-Regime nicht verzichten. Genügt diese Erkenntnis? Wir meinen: nein. Eine elastischere Regierungspolitik in Bonn würde es jedenfalls verhindern, dass der Kalte Krieg aus der Zonengrenze immer mehr eine Staatsgrenze macht. Sie würde es Pankow nicht erleichtern, den Graben zwischen drüber und drüber noch tiefer zu schaufeln.

* * *

Verbündete von morgen

"Ich finde aber, dass die USA in ihren öffentlichen Erklärungen und bei der informellen Arbeit ihrer Diplomatie den Beitrag der demokratischen Opposition, der deutscher Sozialisten, ungebührlich vernachlässigt haben, deren Widerstand gegen den Kommunismus stark gewesen ist und die eines Tages Teil einer deutschen Regierung werden kann, die unser Verbündeter sein wird." Es sei besonders in Osteuropa nicht im amerikanischen Interesse gewesen, aus den deutschen Sozialdemokraten "Parias" zu machen. (Äusserung des bekannten demokratischen Senators John Kennedy vor dem amerikanischen Senat in Washington, zitiert nach "Westfälische Rundschau", 23.8. 1957)

* * *

Wir alle sind gewarnt!

H.3.- Oft genug ist das Geschäft die Seele des Krieges gewesen. Immer und überall aber war die Seele des Rüstungsgeschäftes die Korruption. Der Koblenzer Skandal, der bei Lichte besehen ein Bonner Skandal ist, ist also gar nichts Neues. Ebensowenig neu, aber umso kennzeichnender, ist die versuchte Vertuschung des Skandals. Dass sie nicht völlig gelang, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass und warum sie vertuscht wurde.

Das Motiv dieses Versuchs entspringt dem Bestreben der CDU-Regierung, hinter einer demokratischen Fassade absolutistisch zu regieren. Nicht die Korruption als solche, aber die Vertuschung der Korruption ist das sichere Kennzeichen der Einparteiherrschaft. Unter den Vorkühhörern nahm die Korruption geradezu orientalische Ausmaße an, aber voraus kam nichts, weil man sich gegenseitig deckte. Gehört zum Militarismus die totale Korruption, so signalisiert die verdeckte, verunkelnde Korruption den Totalitätsanspruch einer Partei.

Auf - bis jetzt! - 52 Firmennäher wartet das Gerichtsurteil. Aber den Umfang der eigentlichen Korruption aber kann man nur Vermutungen anstellen. Der Staatsanwalt Theodor Buchenburg schreibt dazu: "Abgeordnete, ja sogar Minister, haben zur Besatzung der Beschaffungsgang in Koblenz Einfluss genommen" und warnt: "Derjenige Minister, der Besatzung eines anderen Ressorts für die Berücksichtigung bestimmter Einzelinteressen zu gewinnen sucht, missbraucht also seine Macht und handelt unabweidrig."

Schon spricht man überall in Volke darüber, dass unter der CDU-herrschaft die käuflichen Politiker leichtes Spiel haben. Antifaschistische Stimmen verschaffen sich Gehör. Der hätte die CDU sofort die Spitze abbrechen müssen. Aber das hat sie nicht gekonnt. Stattdessen weigerte sich die CDU-Regierung, dem Parlament Einblick in die Rüstungsgeschäfte zu geben und setzte durch, dass der Verteidigungsausschuss den ersten Teil seiner Aufgaben hinter zugezogenen Gardinen erledigte.

In Koblenz hatte sich der Brauch eingebürgert, dass die Syndikate der Verbände des Bundesverbandes der Deutschen Industrie befragt wurden, welche Firmen für eine Auftragsverteilung in Frage kommen. Als dem Verteidigungsausschuss zu Ohren kam, dass auch Abgeordnete auf die Auftragsverteilung Einfluss nahmen, forderte er vom Verteidigungsministerium die Lobbyistenliste an. Was antwortete das Ministerium, dessen Chef sich stets laut zur Demokratie bekennt? In einem vertraulichen Schreiben erhob es Einwände gegen die Auslieferung der Liste!

Vertuschen, statt nach dem Rechten zu sehen! Dieser still keine zeichnet sich selbst! Die souveräne Verachtung, die die CDU den Spielregeln des parlamentarischen Systems gerade kann entgegenbringt, wenn es aufzudecken gilt, wie verfilzt eine gewisse Politik mit dem Handel mit todbringenden Gütern ist, zeigt jeder, welche Regierungsform die jetzt noch herrschende Partei vertritt. Wir alle sind gewarnt!

Zur Biographie Adenauers

"... Die Krise näherte sich ihren Höhepunkt, als in dem ungeheuren Schwächezustand, in dem uns die Tribute und die inflatorische Entwertung unserer Währung versetzt hatten, die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten. Aus Clemenceaus Memoiren "Les Grands et Misères d'une victoire" wissen wir, wie General Foch darauf drang, dies wirtschaftliche Herzstück Deutschlands zu annektieren. Die deutsche Mark war wertlos geworden und der passive Widerstand der Bergleute durch Subventionen nicht mehr aufrechterhalten. In Rheinland wurden Stimmen laut, die die Ausrufung einer Rheinrepublik forderten, deren Regierungssitz Köln werden sollte.

In dieser entscheidenden Stunde vereinigte die Zentrumspartei ihre Fraktionen vom Reichstag und Preussischen Landtag zu einer Entschliessung. Die Wagen gehen hoch. Dem Bürgermeister von Köln, zugleich Präsidenten des Preussischen Stägetrates, scheinen die Interessen seiner Stadt wichtiger zu sein als jene Preussens. Denn man kann nicht zwei Herren dienen. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Katholischen Arbeitervereine wenden sich voller Empörung gegen die Ansicht, man müsse alle Hoffnungen aufgeben, Rhein und Ruhr dem Reiche zu erhalten. Ich vertrete den Standpunkt, die Debatte über eine "Rheinrepublik" stelle einen Landesverrat dar, und wehre mich heftig gegen die wenigen, aber einflussreichen rheinischen Defaitisten. Wir beschliessen zu kämpfen - Rhein und Ruhr bleiben auch in dieser Stunde dem Reiche treu.

Dr. Adenauer hat diesen Zwischenfall nicht vergessen: wenige Tage nach meinem Freispruch in Nürnberg liess er ein in Jalaulf gesetztes Gericht dementieren, er werde zu meinen Gunsten vom Vorsitz der Christlich-Demokratischen Union in der Britischen Zone zurücktreten. In einer persönlichen Erklärung in der "Westfalenpost" für den Regierungsbezirk Arnsberg Nr. 48, vom 3. Oktober 1946, heisst es weiter: "Von Papen ist ein Hochverräter und ist wahrscheinlich in die Mordaffäre Bollfuss verwickelt."

Mehrere Freunde erhoben gegen diese infame Beschuldigung Einspruch, darunter die Gräfin Fürstenberg-Herdringen, die Tochter des langjährigen verdienten Zentrumsabgeordneten Grafen Praschma. Sie forderte, der Führer einer christlichen Partei müsse solche Verleumdung widerrufen, zumal der Beschuldigte sich selbst nicht wehren könne, da er im Polizeigewahrsam der bayerischen Regierung sei. Dr. Adenauer hat sich dieser Pflicht leider entzogen..." (Aus: Franz von Papen: "Der Wahrheit eine Gasse" - München 1952)*** - Verantwortl. G. Markscheffel